
These 15

Die CDU war in der sowjetischen Besatzungszone bereits kurz nach ihrer Gründung, die insbesondere von Opfern des Nationalsozialismus ausgegangen war, schweren Repressalien ausgesetzt. 1952 wurde sie endgültig von der SED als führender Partei gleichgeschaltet. Auch in Zeiten der Diktatur hielten viele aufrechte Menschen die Idee der christlichen Demokratie wach. Gleichwohl hat die CDU in der DDR im totalitären System der SED-Diktatur mitgewirkt.

— . — . —

Christdemokraten als Begründer des Neuanfangs

Michael Richter

Nach der Zerschlagung des NS-Regimes durch die Alliierten des Zweiten Weltkrieges war die Hoffnung auf einen demokratischen Neuanfang in Deutschland groß. In allen Besatzungszonen fanden sich ehemalige Politiker und Akteure konfessioneller Parteien und christlicher Gewerkschaften aus der Zeit der Weimarer Republik zusammen, um nach Verfolgungen und Verboten im NS-Staat neue demokratische Parteien auf Grundlage des christlichen Menschenbildes ins Leben zu rufen. Sie einte der Wille, die konfessionelle Spaltung der Parteienlandschaft vor der NS-Machtergreifung zu überwinden und gemeinsam eine neue Diktatur in Deutschland zu verhindern.

Bereits unmittelbar nach Kriegsende erlaubte die Sowjetische Militäradministration für Deutschland (SMAD)

überraschend Parteien. Diese mussten sich allerdings verpflichten, in einem Parteienblock zusammenzuarbeiten und sowjetischen Weisungen zu folgen. In der zerstörten Reichshauptstadt gründeten daraufhin führende Politiker verschiedener christlicher und liberaler Parteien und Gewerkschafter der Weimarer Republik die „Christlich-Demokratische Union Deutschlands“ (CDU). Die meisten von ihnen hatten bis Kriegsende Widerstand gegen die Nazi-Diktatur geleistet. Den CDU-Gründer und ersten Vorsitzenden, den früheren Reichsminister Andreas Hermes, hatten sowjetische Soldaten kurz vor seiner Hinrichtung aus einem Gefängnis der Nationalsozialisten befreit. Dem Berliner Vorbild folgend nannten sich viele nun folgende Gründungen in den Besatzungszonen ebenfalls „CDU“.

Bereits während des Gründungsprozesses bestätigten sich jedoch Befürchtungen, die Politik der SMAD diene weniger der Herausbildung demokratischer Strukturen als dem Versuch, den sowjetischen Einfluss auf ganz Deutschland auszudehnen. In ihrer Besatzungszone protegierte die Besatzungsmacht von Anfang an die Kommunistische Partei und nach deren Vereinigung mit der SPD die nun ebenfalls kommunistisch dominierte SED. Die frühe Absetzung des CDU-Vorsitzenden Andreas Hermes wegen dessen Widerstand gegen die willkürliche Art einer „Bodenreform“ bereits Ende des Jahres 1945 machte deutlich, wie eng der Spielraum für politische Betätigungen war. Schnell entstand der Eindruck, die Parteien dienten vor allem als Aushängeschilder einer neuen Diktatur nach sowjetkommunistischem Muster. Ein demokratischer Wettstreit zwischen den Parteien schien in dieser von Beginn an nur simulierten Demokratie ebenso wenig erwünscht wie Widerspruch gegen die Politik von SMAD und KPD/SED.

Während sich die Bedingungen für Akteure der Union in den westlichen Zonen schrittweise besserten, nahmen die ohnehin begrenzten Möglichkeiten in der Sowjetischen Be-

satzungszone (SBZ) schnell ab. Bald sahen sich demokratische Funktionäre und Politiker Restriktionen und Verfolgungen ausgesetzt. Immer wieder wurden CDU-Funktionäre verhaftet, weil sie nicht bereit waren, die Durchsetzung einer neuen, diesmal kommunistischen Diktatur widerspruchslos zu akzeptieren. Weil sie nach den Schrecken der NS-Diktatur für eine demokratische Ordnung eintraten, landeten viele schon frühzeitig in sowjetischen Lagern, etliche wurden erschossen. Nur der Wunsch des sowjetischen Diktators Josef W. Stalin, seine Macht auch auf den Westen Deutschlands auszudehnen, bewahrte insbesondere bekanntere CDU-Politiker vor Schlimmerem. Für den Fall des Erhalts der Einheit Deutschlands sollten sie sowjetische Interessen in gesamtdeutschen Strukturen vertreten.

Parallel zu dieser immer unwahrscheinlicher werdenden Option sowjetischer Machtpolitik setzte die SMAD in der SBZ den Ausbau eines kommunistisch-diktatorischen Staates unverhohlen fort. Wer sich zu Wehr setzte, wurde verhaftet, sofern er nicht rechtzeitig in die westlichen Zonen fliehen konnte. Zwei Jahre nach der Absetzung von Andreas Hermes erteilte auch seinen Nachfolger im Amt des CDU-Vorsitzenden, Jakob Kaiser, dasselbe Schicksal. Der christliche Gewerkschaftsfunktionär der Weimarer Republik hatte sich nach 1933 dem Widerstand gegen das NS-Regime angeschlossen und war nun nicht bereit, die Errichtung einer zweiten Diktatur auf deutschem Boden widerspruchslos hinzunehmen. Nach seinem Willen sollte die CDU zum Wellenbrecher des neuen, diesmal marxistischen Totalitarismus werden. Nach seiner erzwungenen Absetzung durch die SMAD war er als gewählter Vorsitzender der CDU der SBZ und ganz Berlins nicht bereit, seine Ämter niederzulegen. Vom britischen Sektor Berlins aus organisierte ab 1948 sein „Büro Jakob Kaiser“ eine parallele, illegale CDU-Arbeit in der sowjetischen Zone und im

Ostsektor Berlins. Anfang der 1950er Jahre ging daraus die „Exil-CDU der SBZ“ als eine Gliederung der bundesdeutschen CDU hervor. In Sinne eines politischen Drahtseilaktes bemühten sich unterdessen in der sowjetischen Zone CDU-Politiker wie Hugo Hickmann und Otto Nuschke trotz zunehmender Repressionen und des immer ungenierter vorgetragenen Alleinherrschaftsanspruchs der SED, durch weitgehende Zugeständnisse ein gewisses Maß an Eigenständigkeit der CDU zu bewahren. Da kein Zweifel bestand, dass die SED bei freien Wahlen kaum eine Chance haben würde, stärkste Kraft zu werden, wurden 1948 zwei von der SED gelenkte, neue Parteien (NDPD und DBD) ins Leben gerufen. Ihre wichtigste Aufgabe bestand darin, CDU und LDP zu schwächen und gemeinsam mit kommunistischen Massenorganisationen die Mehrheitsverhältnisse in den formal noch existierenden Parlamenten zugunsten der SED zu verschieben.

Nach der Teilung Deutschlands durch die Gründung zweier deutscher Staaten nahmen die kommunistischen Bemühungen schnell und deutlich ab, ihre totalitäre Diktatur pseudodemokratisch zu kaschieren. Nach der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 kam es zum offenen Terror gegen alle demokratischen Kräfte. Reihenweise wurden CDU-Funktionäre aller Ebenen verhaftet, viele von ihnen flohen in den Westen und bildeten dort den personellen Grundstock der von Jakob Kaiser geführten Exil-CDU. Unterdessen installierten die Sowjets abhängige Marionetten als Parteivorsitzende. In der CDU setzte Gerald Götting als Einflussagent von SED und Besatzungsmacht die bisherigen Programme außer Kraft und beendete mit der Einführung eines zentralistischen Sekretärssystems die innerparteiliche Demokratie. Auch auf der Ebene der wenig später aufgelösten Länder und in den Kreisen dominierten bald Personen, die nichts oder kaum etwas mit christdemokratischer Politik zu tun hatten. Sie lenkten die CDU im

Sinne der nun diktatorisch herrschenden SED, die ihrerseits kaum mehr als ein sowjetischer Vasall war. Angesichts der 1952 offen verkündeten Errichtung des Sozialismus flohen viele CDU-Aktivistinnen in den Westen. Ein Austritt aus der CDU kam wegen damit verbundener Restriktionen für viele Mitglieder schon nicht mehr in Frage. Statt in freien Wahlen Mehrheiten zu erobern, dümpelte die CDU, nun zur „kleinbürgerlichen Blockpartei“ degradiert, mit zugeteilten „Mandaten“ um die 10 Prozent in den „Volksvertretungen“ herum, die als Pseudoparlamente die SED-Alleinherrschaft nur wenig bemäntelten.

Für die CDU begannen Jahrzehnte, in denen sie keine Partei im Sinne westlicher Parteiendemokratien war. Wie alle Blockparteien glichen ihre Funktionen eher denen einer kommunistischen Massenorganisation. Ein eigenes Programm war ihr versagt, stattdessen hatte sie die Politik der SED unter den eigenen Mitgliedern und den Christen in der DDR zu propagieren. Während dieser Zeit war die Situation in der CDU von einer starken Polarität zwischen dem Funktionärsapparat und der Mitglieder Mehrheit geprägt. Vertraten die Funktionäre mehr oder weniger überzeugt die „einzig wahre“ marxistisch-leninistische Politik in der CDU, hatten die meisten Mitglieder ganz andere Motive. Unter den Bedingungen der totalitären Diktatur suchten sie nach Mitwirkungsmöglichkeiten in Gemeinden und Kreisen, bemühten sich, christliche Interessen zu vertreten oder die eigenen beruflichen Möglichkeiten zu verbessern. Aus Berichten des MfS wissen wir, dass in all den Jahrzehnten der DDR in Mitgliederversammlungen teils massive Kritik an den Verhältnissen geübt wurde. Freilich wussten die meisten genau, wie weit sie als „Unionsfreunde“ gehen durften, ohne politische Repressionen heraufzubeschwören. Dennoch kam es während der gesamten DDR-Zeit immer wieder zu Verhaftungen von CDU-Mitgliedern.

Innerhalb der CDU verlief eine schwer zu bestimmende Grenze zwischen der „Zielgruppe Mitglieder“ und einem mehr oder weniger im Sinn der SED agierenden Funktionsapparat. Die Übergänge waren changierend, waren doch auch etliche Mitglieder überzeugte Anhänger des Regimes und vertraten umgekehrt viele Funktionäre nicht wirklich das totalitäre Regime. Insbesondere Funktionäre wurden mit der absurden Situation konfrontiert, einer Partei anzugehören, deren oberste Maxime die Durchsetzung der Interessen einer anderen Partei war, der sie wiederum wegen angeblich ideologischer Zurückgebliebenheit selbst nicht angehören konnten.

Innerlich orientierten sich die CDU-Mitglieder wie viele DDR-Bewohner am System der Bundesrepublik Deutschland und definierten mit Blick auf die dortige Parteienlandschaft ihre eigentlichen politischen Positionen. Notwendige Informationen waren über Radiosender wie den Deutschlandfunk und in vielen Regionen auch über das Westfernsehen zugänglich. Eine politische Standortbestimmung ließ sich dagegen aus der Mitgliedschaft in der Ost-CDU nur bedingt ableiten. Zwar orientierten sich die Mitglieder meist an der westlichen Union, das Spektrum der Überzeugungen reichte aber wegen des polarisierten Charakters der Blockpartei von christlich-wertkonservativ bis marxistisch-leninistisch. Angesichts der seit dem gescheiterten Volksaufstand des 17. Juni 1953 als unveränderbar erfahrenen Verhältnisse galt es nun bis in die zweite Hälfte der 1980er Jahre, sich unter den Bedingungen der Diktatur einzurichten. Hoffnungen auf eine Änderung der Verhältnisse schienen insbesondere nach dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 unbegründet. Die seitdem fehlende Möglichkeit, in den Westen zu fliehen, erhöhte den Anpassungsdruck.

Erst mit der vom Generalsekretär der KPdSU, Michail S. Gorbatschow, eingeleiteten Politik von Glasnost und Pe-

restroika keimten in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre an der CDU-Basis wie in der gesamten Bevölkerung neue Hoffnungen auf. Die Diskussionen wurden wieder kritischer, und oft musste das MfS der SED-Führung melden, CDU-Mitglieder würden von ihrer Führung fordern, ihre Partei solle sich stärker als unabhängige politische Kraft profilieren. Aber erst das Jahr 1989 brachte eine entscheidende Wende. In der gesamten Bevölkerung wuchs die Unzufriedenheit rasant an. Die gefälschten Kommunalwahlen im Mai und die reformfeindliche Politik Erich Honeckers brachten das Fass ab dem Sommer 1989 zum Überlaufen. Der Massenflucht über Ungarn und in bundesdeutsche Botschaften in Prag und Warschau folgten seit dem Frühherbst machtvolle, aber friedliche Demonstrationen, an denen sich auch viele CDU-Mitglieder beteiligten. Auf einer Synode des Bundes der evangelischen Kirchen legten im September in Eisenach mehrere CDU-Mitglieder aus dem kirchlichen Dienst einen „Brief aus Weimar“ vor, der zum Fanal des Aufbruchs in der Partei wurde. Parallel zur friedlichen Revolution auf den Straßen setzte nun in der CDU ein innerparteilicher Erneuerungsprozess ein, in dessen Folge Gerald Götting im November sein Amt niederlegen musste.

Rund vierzig Jahre hatte er geholfen, die CDU im Würgegriff der SED zu halten. Sein Nachfolger, der von führenden Parteifunktionären gekürte Lothar de Maizière, bemühte sich noch vor der Wiederherstellung innerparteilicher Demokratie, die CDU auf einen demokratisch-sozialistischen Kurs zu bringen. Mit dieser Haltung stieß er nicht nur beim Bundesvorstand der CDU in Bonn auf Ablehnung, auch die meisten CDU-Mitglieder in der DDR waren nicht länger bereit, sich den Kurs der Partei von nicht gewählten Funktionären vorschreiben zu lassen. In der kurzen Frist bis zum Dezember 1989 sorgte die CDU-Basis für die Wiederherstellung der 1950 von Götting abge-

schafften innerparteilichen Demokratie. Hatte sich die Gleichschaltung der CDU nach dem Krieg über einige Jahre hingezogen, so verlief der umgekehrte Prozess der Re-Demokratisierung nun binnen zweier Monate und zeigte eindrucksvoll die latent vorhandengebliebenen demokratischen Potentiale. Frei gewählte Delegierte aus allen Kreisen sorgten auf einem Sonderparteitag Mitte Dezember 1989 dafür, dass sich die Ost-CDU in Orientierung an der bundesdeutschen CDU und in Anlehnung an ihre eigene Programmatik der Nachkriegszeit für freiheitliche Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, soziale Marktwirtschaft und deutsche Einheit aussprach. Unter dem Druck der Basis strich de Maizière den Begriff „Sozialismus“ als „leere Hülse“ aus dem Sprachschatz der CDU. Wie sehr er selbst aber noch der Sicht des Funktionärsapparates verbunden war, zeigte seine These von einer allgemeinen Mitschuld der CDU an der SED-Alleinherrschaft. Diese undifferenzierte Gleichsetzung der Haltung von Mitgliedern und Funktionären war ganz im Sinne ehemals verantwortlicher Funktionäre. Sie wurde von diesen seitdem auch gern kolportiert und hat sogar Eingang in offizielle Darstellungen der CDU gefunden. Ein Blick in die wechselvolle Parteigeschichte zwischen 1945 und 1989 zeigt aber, dass die These von der Mitschuld zwar für einen großen Teil der Funktionäre und etliche Mitglieder durchaus zutreffend ist, bei weitem aber nicht für die überwiegende Mehrheit der Mitglieder.

Rund vierzig Jahre hatte die CDU auf ein eigenes Programm verzichten müssen. Nun erstand die Partei im Osten Deutschlands wieder wie Phoenix aus der Asche. Vierzig Jahre kommunistische Diktatur hatten freie und selbstbestimmte Entscheidungen der Deutschen in der DDR verhindert. Im März 1990 holten die Menschen zwischen Werra und Oder nach, was ohne SED-Diktatur längst Wirklichkeit geworden wäre. Der überwältigende Sieg der CDU bei den

Volkskammerwahlen im Bündnis der „Allianz für Deutschland“ machte den Weg frei für einen raschen Beitritt der DDR nach Artikel 23 des Grundgesetzes. Das Wahlergebnis zeigte, dass die SED bei ihrer Diktaturdurchsetzung allen Grund gehabt hatte, die CDU in die demütigende Rolle einer „kleinbürgerlichen Blockpartei“ zu zwingen. Unter freiheitlichen Verhältnissen zeigte sie ihr tatsächliches Profil als starke christlich-demokratische und liberalkonservative Volkspartei. Noch vor der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 schlossen sich die CDU-Gliederungen beider Staaten in Deutschland zur gesamtdeutschen CDU unter dem Vorsitz Helmut Kohls zusammen. Als nunmehr stärkste Kraft in den neuen Bundesländern bereiteten sie dem mit Mauer, Schießbefehl und Staatssicherheit abgesicherten ideologischen Experiment des „real existierenden Sozialismus“ ein definitives Ende.